

## **Vier Fünftel lehnen Einsatz von bestimmten Humanantibiotika bei Tieren ab. Agrarministerin Aigner muss Antibiotikamenge reduzieren und Tierhaltung verbessern**

Berlin, 9.5.2012

Eine überwältigende Mehrheit von 83 Prozent der Bundesbürger hat sich in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes forsa für ein Verbot bestimmter Humanantibiotika in der Massentierhaltung ausgesprochen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nahm diese Ergebnisse zum Anlass, um Bundesagrarministerin Ilse Aigner zu einer drastischen Reduzierung des Medikamenteneinsatzes in der Massentierhaltung aufzufordern.

In Deutschland infizieren sich jährlich 400.000 bis 600.000 Patienten mit Krankenhauskeimen, 7.500 bis 15.000 Patienten sterben daran. Die Behandlung solcher Infektionen ist zunehmend problematisch, da immer mehr Keime Resistenzen entwickeln und sie weitergeben. Am Anstieg der so genannten multiresistenten Keime hat auch der extrem hohe Einsatz von Antibiotika in der Intensivtierhaltung einen Anteil. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums in NRW wurden circa 93 Prozent der Tiere aus den untersuchten Betrieben mit Antibiotika behandelt.

Der BUND hat im Januar eine Untersuchung veröffentlicht, der zu Folge die resistenten Keime zum Beispiel über Geflügelfleisch bis in die Küchen der Verbraucher gelangen ([www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/landwirtschaft/20120108\\_landwirtschaft\\_antibiotika\\_intensivhaltung\\_hintergrund.pdf](http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/landwirtschaft/20120108_landwirtschaft_antibiotika_intensivhaltung_hintergrund.pdf)). Verbraucherministerin Ilse Aigner kündigte seither zahlreiche Schritte gegen die Ausbreitung von antibiotikaresistenten Keimen aus der Tierhaltung an. Bislang blieb es bei den Ankündigungen. Die Hauptursache für den Missbrauch von Antibiotika in der Tierhaltung – die miserablen und unwürdigen Haltungsbedingungen für die Tiere – blendet die Bundesregierung vollständig aus. Konkrete Fortschritte zum Schutz von Patienten, Verbrauchern, Beschäftigten in Tierhaltungen und zum Schutz der Tiere sind noch immer nicht greifbar. Vielmehr erhält die industrielle Fleischindustrie auch weiterhin hunderte Millionen an Agrarsubventionen.

### **Leerformeln der Bundesregierung – Erfassen heißt noch nicht Senken des Antibiotikaeinsatzes**

Agrarministerin Aigner kündigte im Januar zahlreiche Maßnahmen zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes an. Heute sind neue Passagen im Arzneimittelgesetz jedoch die einzig in Aussicht stehende Maßnahme. Herauskommen soll dabei eine Datenbank, in der erfasst wird, was Mastbetriebe und Tierärzte auch bisher schon aufschreiben, nur nicht in einer Datenbank. Zugriff auf die Daten sollen die Bundesländer haben. Der BUND begrüßt die Datenbank, fordert jedoch gleichzeitig ein verbindliches Senkungsziel für Antibiotika in der Tierhaltung und eine Berichtspflicht für Bund und Länder über die gesammelten Daten.

Ministerin Aigner will jedoch weder die Daten bundesweit zusammenführen noch transparent auswerten lassen. Auch werden Mäster und Fleischwirtschaft nicht dazu verpflichtet, den Einsatz von Antibiotika zu verringern. Die Aussage von Verbraucherministerin Aigner, sie wolle „die Anwendung von Antibiotika in

der Nutztierhaltung auf das absolut notwendige Maß" beschränken, ist nur eine Leerformel, weil ein konkretes Senkungsziel fehlt. Der BUND fordert die Halbierung des Antibiotikaeinsatzes bis 2015.

### **Verbot wichtiger Humanantibiotika - in Deutschland kein Thema**

Das novellierte Arzneimittelgesetz soll zudem die Spielräume der Tierärzte einschränken hinsichtlich solcher Antibiotika, die für den Menschen überaus wichtig sind. Der BUND kritisiert die Regelung als viel zu lasch. Wichtige Humanantibiotika bzw. sogenannte Reserveantibiotika, für die es bei Erkrankungen von Menschen keinen Ersatz gibt, gehören in der Tierhaltung verboten. Nur ein klares Verbot trägt dazu bei, die rasante Entwicklung von resistenten Keimen in den Ställen in Bezug auf diese Mittel wirksam einzudämmen. Auch die EU will wichtige Humanantibiotika aus Ställen verbannen, zumal nach Aussagen der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde genug Ersatzarzneien zur Verfügung stehen. Doch dazu braucht die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten. Daher muss die Bundesregierung endlich aufhören, die Interessen der Fleischproduzenten über die der Menschen zu stellen. In keinem Land der EU wird mehr Fleisch in industriellem Maßstab produziert als bei uns. Daraus erwächst nach Ansicht des BUND für die Bundesregierung eine besondere Verpflichtung, die Risiken der Agrarindustrie wirksam einzugrenzen.

### **Bundesländer weiter als Bundesregierung**

Immerhin: Die Bundesländer sind in Teilen den BUND-Forderungen gefolgt. Auf ihrer Agrarministerkonferenz Ende April beauftragten sie Agrarministerin Aigner, eine bundesweit einheitliche Datenbank für den Einsatz von Antibiotika unmittelbar einzuführen. Bereits auf einer vorherigen Konferenz im Januar in Berlin forderten die Bundesländer „nachhaltige Verbesserung der Tiergesundheit ... insbesondere durch Optimierung ... der Haltungsbedingungen sowie des Bestandsmanagements“. Eine jährliche Berichtspflicht gegenüber der Öffentlichkeit gilt es aus Sicht des BUND sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene festzuschreiben.

### **Selbstkontrolle der Fleischwirtschaft noch nicht vom Tisch**

Die Geflügelwirtschaft, in der neben der Kalbfleischwirtschaft am meisten Antibiotika eingesetzt werden, versprach, sich künftig selbst zu kontrollieren. Dazu sollte das für Niemanden von außen einsehbare System „Qualität und Sicherheit“ als Grundlage dienen (das Kürzel QS prangt als Siegel auf fast jedem Fleischprodukt und entspricht dem gesetzlichen Mindeststandard). Diese Eigenkontrolle ist glücklicher Weise vom Tisch. Doch angesichts knapper Länderkassen ist nicht damit zu rechnen, dass die neue Datenbank aktiv von den Ländern ausgewertet wird. Der BUND fordert daher eine Berichtspflicht für Bund und Länder. Andernfalls gäbe es faktisch keine wirksamen Kontrollen.

### **Die wichtigsten BUND-Forderungen für den Schutz von Patienten, Verbrauchern und Tieren:**

1. Verbindliches Senkungsziel bundesweit: Reduktion des Antibiotikaeinsatzes in der Intensivtierhaltung um die Hälfte bis 2015 im Vergleich zu 2010.
2. Verbot von wichtigen Humanantibiotika
3. Massive Verbesserung des Tierschutzes
4. Subventionen nur noch für besonders artgerechte Tierhaltung
5. Transparente Offenlegung (jährliche Berichtspflicht von Bund und Ländern) des Einsatzes aller Antibiotika in der Tierhaltung, der verkaufenden Tierarztpraxen inklusive der Rabatte bis zu 50 Prozent, die diese von Pharmakonzernen erhalten

### **Kontakt:**

BUND Referat Agrarpolitik

Reinhild Benning und Kathrin Birkel

Mail: [reinhild.benning@bund.net](mailto:reinhild.benning@bund.net) und [kathrin.birkel@bund.net](mailto:kathrin.birkel@bund.net)

Tel. 030-275 86-549

[www.bund.net](http://www.bund.net)